
Die deutschen Gewerkschaften und der Erste Weltkrieg

WOLFGANG UELLENBERG-VAN DAWEN

Der Erste Weltkrieg war ein gigantischer Massenmord. Noch nie zuvor waren so viele Menschen in so kurzer Zeit und unter Einsatz neuester Technologien umgebracht worden. Anfangs in geschlossenen Formationen, mit Fahne und Offizieren voran, stürmten die Soldaten aufeinander los, um im dichten Feuer von Maschinengewehren und Artillerie abgeschlachtet zu werden. Die höchsten Opferzahlen verzeichneten die Armeen zu Beginn des Kriegs. Die französische Armee verlor am 22. August 1914 in den Ardennen an einem Tag rund 27 000 Soldaten. Gleiches galt für die Deutschen und mehr noch für die russischen Soldaten.

Als der Bewegungskrieg an der Westfront in einem Stellungskrieg erstarrte, kamen die neuesten Waffentechniken erstmals voll zum Einsatz: Giftgas, Flammenwerfer, modernste Mörser, Panzer, Flugzeuge und Luftschiffe. Auf den Meeren versenkten U-Boote hunderte Schiffe und töteten viele Zivilisten. Auch hinter der Front starben viele Menschen an Hunger. Der Erste Weltkrieg wurde als totaler Krieg geführt und am Ende durch die materielle Übermacht der Westalliierten entschieden.¹

Vom Massenmord zu sprechen heißt, Täter zu benennen. Die Mörder waren nicht die Soldaten, sondern die Generäle und Kommandeure, die völlig kalt und menschenfeindlich die Befehle für Sturmangriffe gaben, bei denen lediglich ein Geländegewinn von einigen hundert Metern einkalkuliert wurde. Bei Arras in Nordfrankreich starben für einen Geländegewinn der britischen Truppen von 15 Kilometern in zwei Wochen 250 000 Soldaten. Die Schlachten an der Somme und bei Verdun waren bewusst als Abnutzungsschlachten geplant. Diese Mordbefehle kamen genau von den deutschen Militärs, die später der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie und der demokratisch gewählten Regierung der Weimarer Republik die Schuld an der Niederlage mit der sog. «Dolchstoßlegende» gaben.

Die Schuldfrage war seit dem Versailler Vertrag ein beständiges Politikum. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg und in Folge der kritischeren Forschungsdiskussion in Deutschland haben Historiker wie Fritz Fischer und Imanuel Geiß die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges in seiner imperialistischen Außenpolitik gesehen, während Hans Ulrich Wehler die Verantwortung Deutschlands für den Kriegsausbruch vor allem bei den herrschenden Schichten als Reaktion auf die sich zuspitzenden sozialen Auseinandersetzungen sah. Derzeit wird die Schuldfrage durch Christopher Clark (*Die Schlafwandler*) und Herfried Münkler (*Der Große Krieg*) auf alle Kriegsmächte verteilt und damit die Verantwortung Deutschlands erneut relativiert. Diese Debatte vernebelt jedoch die Fakten. Es waren deutsche Ulanen, die am 4. August 1914 bei Aachen die belgische Grenze überschritten, und am 29. Juli 1914 beschoss die österreichisch-ungarische Donauflottille Belgrad.

Im Kampf um die Verteilung von Kolonien, Rohstoffquellen und Einflussgebieten

hatte Deutschland großen Nachholbedarf gegenüber den klassischen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich. Deutschland wollte seinen «Platz an der Sonne» mit der Hochrüstung seiner Flotte untermauern. Im Drang nach eigener Weltgeltung brachte das Deutsche Reich die potentiell verfeindeten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien zu einer Verständigung. Hinzu kam die russisch-französische Allianz. Ab 1912 verstärkte sich das Wettrüsten. Der deutsche Generalstab fürchtete, Frankreich und Russland im Zweifrontenkrieg zu unterliegen, und plante seit 1905 einen möglichst frühen und schnellen Waffengang. Begleitet wurde die allgemeine Aufrüstung durch militaristische und chauvinistische Propaganda. Die Haltung der deutschen Reichsregierung, ihre uneingeschränkte «Nibelungentreue» gegenüber Österreich und die Inkaufnahme eines «Weltenbrands» kann nicht durch noch so viele neuere Interpretationen und Vermutungen überdeckt werden.²

Die Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch

Die Haltung der Arbeiterbewegung zum Krieg ist vor diesem Hintergrund dringend erklärungsbedürftig. Denn entgegen allen Resolutionen, die die I. und II. Internationale zur Kriegsfrage gefasst hatten, riefen die Führungen nicht zum Generalstreik auf. In den wichtigsten Ländern Deutschland und Frankreich billigten sie die Kriegspolitik. In Großbritannien wurde sie nicht gebilligt, aber es fanden auch keine Aktionen gegen den Krieg statt. Die Arbeiterbewegung war nicht pazifistisch, vielmehr war sie antimilitaristisch. Sie sah im Militär ein Instrument der Klassenherrschaft, das zu beseitigen sei und durch eine allgemeine Volksmiliz mit demokratisch zu wählenden Kommandeuren abgelöst werden sollte. Es hieß nicht «Die Waffen nieder», wie Bertha von Suttner forderte, sondern «Krieg dem Krieg». Der Kriegsausbruch sollte genutzt werden, um durch Massenstreiks den Sturz der herrschenden Klasse zu befördern. Vor allem die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften hatten in relativ kurzer Zeit große Organisationserfolge errungen und waren zu Massenorganisationen herangewachsen. 1912 wurde die SPD die stärkste Partei im Reichstag und hoffte die Klassenherrschaft in Deutschland überwinden zu können.

Das zaristische Russland galt in der Sozialdemokratie als Ausdruck überkommener Zeiten. Bebel hatte im Reichstag geschworen, bei einem Angriff Russlands selbst noch einmal die Flinte auf den Rücken zu nehmen und das Vaterland zu verteidigen. Sozialdemokraten und Gewerkschafter sahen sich zwar als Opposition zum herrschenden ökonomischen Klassensystem, aber politisch strebten sie nach Gleichberechtigung, politischer und gesellschaftlicher Anerkennung. Der Vorwurf der «vaterlandslosen Gesellen» traf vor allem die, die aufsteigen wollten. Mit diesen Voraussetzungen war der Boden für das Manöver des Reichskanzlers Bethmann Hollweg bereitet, der die deutsche Arbeiterbewegung überzeugte, dass Russland der Angreifer sei und man nun in nationaler Einigkeit den gemeinsamen Feind abwehren müsse.

«Vom 25. Juli an organisierte die SPD große, aber gemäßigte Kriegsdemonstrationen, während ihre Führer in Geheimtreffen mit Ministern andeuteten, dass ihre Haltung davon abhängen würde, ob der Krieg ein Verteidigungskrieg oder ein Krieg zur Unterstützung eines österreichischen Angriffskrieges sein würde. Die russische Mobilmachung

stimmte sie um und unterhöhle die Volksbewegung. Bethmann Hollwegs Taktik, Russland ins Unrecht zu setzen, erwies sich als erfolgreich.»³

Geschickt kam der Kaiser den Sozialdemokraten entgegen, als sie am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmten, indem er ausrief, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Aus diesen Ereignissen zu schließen, dass die Arbeiter jubelnd in den Krieg gezogen seien, entspricht allerdings nicht den Tatsachen. Die Stimmung war mehr als gedrückt. Noch wenige Tage vor Beginn des Krieges hatte es Massenkundgebungen der Arbeiterbewegung gegen den Krieg gegeben. Auch jetzt jubelten Bürger und Akademiker, während Arbeiter und Bauern stumm in den Krieg zogen.

Burgfrieden statt Klassenkampf – die Entscheidung der Gewerkschaften

Am 1. August 1914 kam die Generalkommission der freien Gewerkschaften zusammen. Es kursierte ein Gerücht aus dem Buchdruckerverband, nach der die Reichsregierung schon die Befehle zur Auflösung der Gewerkschaften und die Verhaftung ihrer Führer vorbereitet. Tatsächlich hatten die kaiserlichen Militärbehörden eine solche Maßnahme ins Auge gefasst. Die Gewerkschafter beschlossen deshalb, die Bankguthaben auf die Konten befreundeter Bürgerlicher zu verschieben oder auf andere Banken zu überschreiben. Zudem wurde für den Verbotsfall der Konflikt mit den christlichen Gewerkschaften für beendet erklärt. Nach einer Stunde wurde der Vorsitzende der Generalkommission Carl Legien aus der Sitzung herausgebeten, um Professor Oppenheim zu empfangen, der ihm im Auftrage des Reichskanzlers und der Militärbehörden mitteilte, dass diese nicht am Verbot interessiert seien, weil es die Mobilisierung gefährden würde, bei immerhin 2,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern.⁴

Am folgenden Tag kamen die Vorstände der Gewerkschaften zur Konferenz zusammen. Legien berichtete, dass die Reichsregierung am selben Nachmittag geladen hätte, um mit den Gewerkschaften darüber zu beraten, unter welchen Bedingungen Arbeitslose aufs Land geschickt werden könnten, um dort bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Da es bis 1916 noch keine Arbeitspflicht gab, war eine solche Absprache rechtlich geboten. Die Konferenz stimmte dem zu. Wenige Tage später wurde zwischen Regierung und Gewerkschaften beschlossen, alle Streikbewegungen einzustellen und mit den Behörden in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten, um die Folgen des Krieges für die Arbeiter und ihre Familien einschließlich der Angehörigen der zum Militär Eingezogenen zu regeln. Es ist offen, ob die Festlegung der Gewerkschaften auf die Zusammenarbeit mit der Reichsregierung die Entscheidung der SPD Fraktion, den Kriegskrediten zuzustimmen, beeinflusst hatte. Immerhin waren fast die Hälfte der Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion hauptamtliche Gewerkschafter.

In der 1915/1916 beginnenden Auseinandersetzung über die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik in der SPD nahmen die Gewerkschaftsführungen eine harte, zustimmende Position ein und drohten sogar, im Falle einer Abwendung der SPD von der Politik der Landesverteidigung, mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaftspartei. Zugleich befürchteten die Gewerkschaften im Falle einer Niederlage, dass Deutschland «nach den Plänen der Gegner die Vernichtung der Landwirtschaft in Ostpreußen, die Zerstörung der Industrie, die Vernichtung des Handels» bevorstehe. Sie sahen die «deutsche Arbeit»

bedroht. Das Schreckensbild einer Zerstörung der deutschen Arbeiterkultur durch den «Zarismus» begleitete Gewerkschafter und Sozialdemokraten. An dieser politischen Orientierung hielten die Gewerkschaftsführungen bis zum Ende des Kriegs fest und verteidigten sie konsequent gegen jede innergewerkschaftliche wie auch innerparteiliche Opposition.

Kriegspartnerschaft und Mitbestimmung

Die Gewerkschaften verbanden ihre Kooperationsbereitschaft mit der Hoffnung, die jahrzehntelange Diskriminierung und Ausgrenzung aus Staat und Gesellschaft überwinden zu können. Tatsächlich betreten 24 Jahre nach Aufhebung der Sozialistengesetze zum erstenmal Gewerkschaftsführer offiziell die Gebäude der obersten Militärbehörden um auf Augenhöhe über Ernährungsprobleme, Fragen der Arbeitsbeschaffung, Fürsorge für Kriegsverletzte und Hinterbliebene und andere soziale Maßnahmen zu verhandeln. Auch in den Ländern und Kommunen öffneten sich die Türen für die Gewerkschaftsvertreter. Die Pressezensur für die Gewerkschaftszeitungen wurde gemildert. Umgekehrt besuchten am 14. November 1914 Mitglieder der preußischen Regierung, des Militärs und des Reichskabinetts Gewerkschaftshäuser in Berlin.

Deutschland war wirtschaftlich und auch sozialpolitisch überhaupt nicht auf einen längeren Krieg vorbereitet, und so wurde schnell deutlich, dass die Behörden weder mit der Arbeitsbeschaffung in der Rüstungsindustrie noch mit den sozialen Problemen der zahlreicheren Kriegshinterbliebenen, Kriegsversehrten und mit der Ernährung der Bevölkerung fertig wurden. Die Gewerkschaften traten für die sozialen Interessen der Arbeiter und ihrer Familien ein und konnten auch Arbeitszeitverkürzungen (von 54 auf 53 Stunden die Woche) und höhere Löhne durchsetzen. Hatten sie nach dem Kriegsausbruch durch die Einberufungen und die vielen Gefallenen fast eine Million Mitglieder verloren, so gewannen sie im Laufe des Kriegs wieder eine halbe Million Mitglieder und überschritten Ende 1918 mit 2,8 Millionen selbst das Vorkriegsniveau.

Ein Gesprächsangebot der Gewerkschaften zur Zusammenarbeit an die Reichsvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu Kriegsbeginn stieß auf eisige Ablehnung der Rüstungsindustriellen. In einigen Wehrkreisen gelang es den Stahl- und Kohlebaronen die Militärbehörden davon zu überzeugen, dass eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mehr zur Beunruhigung der Lage beitrüge als zur Konsolidierung der schwierigen Verhältnisse. Nur in der Holzindustrie, wo es bereits Tarifverträge gab, kam es zu einer Form von Kriegspartnerschaft.

Das «Vaterländische Hilfsdienstgesetz» vom Dezember 1916 war jedoch ein Durchbruch auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital in den Betrieben.⁵ Die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff sahen nur in einer totalen Mobilmachung aller wirtschaftlichen Reserven die Chance, den Krieg militärisch noch gewinnen zu können und dazu gehörte die im «Hilfsdienstgesetz» festgelegte Arbeitspflicht für alle männlichen Einwohner von 16 bis 60 Jahren. Die Gewerkschaften machten ihre Zustimmung zur Arbeitspflicht an Festschreibungen im «Hilfsdienstgesetz» fest, die eine weitgehende Mitbestimmung gesetzlich regeln sollten. Das Vorbild war der im

Februar 1915 gebildete Kriegsausschuss für die Metallbetriebe in Berlin, in dem paritätisch Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenarbeiteten.

Tatsächlich gelang es den Gewerkschaften, die Einführung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in allen kriegswichtigen Betrieben durchzusetzen. Dort wo mehr als 50 Personen beschäftigt waren, wurden die Ausschüsse gegründet. Lohn- und Arbeitszeitfragen sowie Arbeitsbedingungen wurden in ihnen diskutiert und entschieden. Das «Hilfsdienstgesetz» wird deshalb in der Forschung überwiegend als Beginn der Mitbestimmung positiv beurteilt.⁶ Es darf aber nicht übersehen werden, dass dieses Gesetz in den Augen vieler Arbeitgeber nur vorübergehend für die Kriegszeit hingenommen wurde und auch in den Gewerkschaften auf Kritik stieß.

Sozialer Protest und Opposition gegen den Krieg

Die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter verschlechterte sich schon im ersten Kriegswinter rapide. Die deutsche Landwirtschaft war nicht auf den Krieg eingestellt und verlor viele Arbeitskräfte an das Militär. So ging die Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs kriegsbedingt zurück oder wurde zu Gunsten der Rüstungsproduktion eingestellt. Die Löhne blieben weitgehend auf dem gleichen Stand wie 1914. Gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse. An Stelle der Männer wurden mehr und mehr Frauen in der Industrie wie im öffentlichen Sektor eingestellt. Hinzu kamen junge Beschäftigte unter 18 Jahren sowie Landarbeiter, die sich nur schwer an die Industriearbeit gewöhnen konnten. Für die neu rekrutierten Arbeitskräfte zahlten die Arbeitgeber weit geringere Löhne. Die Preise für die rationierten Lebensmittel stiegen rasant. Immer mehr Menschen hungerten. Im April 1915 kam es zu ersten Protesten gegen die angekündigten Kürzungen der Brotrationen. Im zweiten Kriegswinter brachen in vielen Städten Unruhen aus. Der dritte Kriegswinter, in dem sich Millionen Menschen von Kartoffeln und Steckrüben ernähren mussten, brachte eine Ausweitung der Proteste und viele spontane Streiks, die von Frauen und jungen Arbeitern getragen wurden. Im Januar 1917 stieg die Zahl der Streiks auf 562 und die der Streikenden auf 668032 Personen.⁷

Unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution streikten im April 1917 300000 Rüstungsarbeiter in Berlin und Anfang Januar 1918 gingen mehr als eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter unter der Parole «Frieden, Freiheit und Brot» auf die Straße. In den Januar-Streiks standen die Gewerkschaften abseits. Die Betriebsvertrauensleute, Obleute und Arbeiterräte wandten sich direkt an die Arbeiterparteien, die USPD, die SPD und an die Spartakusgruppe. Sie artikulierten ihren Protest in den Betrieben während der Arbeitszeit, nicht auf Delegiertenversammlungen nach Feierabend. Auf einer Vorständekonferenz am 1. Februar 1918 distanzieren sich die Gewerkschaftsführungen in einer Erklärung: «Die Gewerkschaften stehen diesen Streiks fern, ihre Leitungen sind an ihnen in keiner Weise beteiligt. Wohl aber sind von den Gewerkschaftsleitungen die entscheidenden Stellen im Reiche seit Monaten mündlich und schriftlich ersucht worden, die Ursachen zu beseitigen, welche die steigende Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen haben. Leider haben diese Warnungen keine genügende Beachtung gefunden.»⁸

Die unzureichende Ernährung, aber auch die zunehmende Repression in den Betrieben, die Weigerung, das Reich zu demokratisieren und das preußische «Drei-Klassen-Wahlrecht» abzuschaffen, und die unklare Haltung der Reichsregierung gegenüber allen Annexionsplänen der Nationalisten hatte die Erbitterung gesteigert. Die Gewerkschaften warnten die Behörden vor Repression und Gewalt, versicherten aber, ihre ganze Kraft für die Sicherung der Landesverteidigung einzusetzen. Sie wollten keinen ernsthaften Konfrontationskurs wagen. Damit verloren sie jeglichen Einfluss auf die Streikbewegungen, die in die Revolution des November 1918 mündeten.

Sozialpartnerschaft statt Revolution

Die Novemberrevolution fand ohne die Führungen der Gewerkschaften statt. Weder die revoltierenden Matrosen in Kiel, noch die sich überall bildenden Arbeiterräte in den Betrieben und auch nicht die Soldatenräte hörten in irgendeiner Weise auf die freien, christlichen oder liberalen Gewerkschaften, obwohl später viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in die Räte gewählt wurden. Die Führungen hatten vergeblich gehofft, die sozialen Probleme durch Eintritt in die letzte Reichsregierung des liberalen Prinzen Max von Baden besser lösen und die Konflikte entschärfen zu können. Gustav Bauer wurde Leiter des Reichsarbeitsamtes und Robert Schmidt Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt. Beide kamen aus der Generalkommission und besaßen ihr Vertrauen.

Als Max von Baden dem Führer der SPD, Friedrich Ebert, unter dem Eindruck der Revolution Anfang November 1918 das Amt des Reichskanzlers übergab und Ebert dann auf Druck der Berliner Rätebewegung den Rat der Volksbeauftragten bildete, spielten die Gewerkschaften keine Rolle mehr in der neuen Regierung. Sie hatten gegenüber den revolutionären Massen wie gegenüber der Politik an Autorität verloren. Diese Distanz zu den politischen Umbrüchen, die sie im Nachhinein als «freiwillige Abstinenz» zu rechtfertigen suchten, verhinderte zwar, dass die sich vertiefende Spaltung der Arbeiterbewegung, die nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg und der Niederschlagung der Rätebewegung in Berlin durch reaktionäre Freikorps auf Befehl des Sozialdemokraten Gustav Noske unumkehrbar wurde, zu einer Gewerkschaftsspaltung führte. Die Gewerkschaftsführungen konnten jedoch durch einen politischen Coup in der Wirtschaft die Weichen stellen. Am 15. November 1918, sechs Tage nach der Revolution vom 9. November, schlossen Carl Legien für die Generalkommission und der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes für die Arbeitgeberverbände das Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft.

Dieses Abkommen war aus informellen Kontakten hervorgegangen, die seit Sommer 1917 bestanden und das Ziel hatten, die Demobilisierung des Millionenheeres, die Rückkehr an die Arbeitsplätze und die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zu ermöglichen. Die Gewerkschaften wollten jegliches Chaos und den wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden. Als im Oktober 1918 die militärische Niederlage unabweisbar war, schwenkte das ganze Arbeitgeberlager einschließlich der Industrie auf den Verständigungskurs mit den Gewerkschaften um.

Die Arbeitgeber erkannten nun die Gewerkschaften als einzige legitime Vertretung der

Arbeiterschaft an, garantierten die Koalitionsfreiheit und die Bindewirkung kollektiver Tarifverträge und die Einrichtung paritätischer Schlichtungsausschüsse. Weiterhin sollte es Arbeiterausschüsse in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern geben. Die gelben Werkvereine, die von den Arbeitgebern gegründet worden waren, sollten aufgelöst werden. Den rückkehrenden Soldaten wurde der Arbeitsplatz garantiert, die bis dahin dort beschäftigten Frauen mussten in Folge dessen wieder an den Herd.

Die Gewerkschaften hatten in wenigen Wochen erreicht, wofür sie Jahrzehnte gekämpft hatten. Sie waren davon überzeugt, auf dem sozialpartnerschaftlichen Weg die neue Demokratie wirtschaftlich und sozial gestalten zu können. Damit hatten sie aber auch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft garantiert. Schon wenige Wochen nach dem Abkommen mussten sie erkennen, dass für die Schwerindustrie dieses Abkommen nichts mehr als ein taktisches Bündnis war.

Die Gewerkschaften und der Frieden

Weder die große Mehrheit der Arbeiterbewegung noch die Gewerkschaften hatten den Krieg gewollt. Sie forderten einen Frieden ohne jede Gebietseroberung. Als sich 1917 im Reichstag eine Mehrheit aus SPD, Zentrum und Liberalen für einen Frieden ohne Annexionen aussprach, folgten die Gewerkschaften diesem Kurs. Sie unterschieden sich so vor und während des Krieges von den chauvinistischen, nationalistischen und militaristischen Massenbewegungen, die sich überwiegend aus den bürgerlichen, konservativen und mehrheitlich auch akademischen Schichten, dem Adel, den Landjunkern und dem Militär rekrutierten. Aber sie konnten und wollten nicht einsehen, dass die von ihnen unterstützte Politik der Landesverteidigung am Ende nur den nationalistischen und militaristischen Kräften nutzte. Zwar hatten schon im Februar 1915 150 örtliche Gewerkschaftsfunktionäre eine Resolution Karl Liebknechts gegen den Krieg unterschrieben, aber die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit hielten an der Landesverteidigung fest. Auch die Streikbewegungen gegen den Hunger und die Ausbeutung in den Betrieben wuchs sich erst 1918 zu einer Bewegung gegen den Krieg aus.

Eine erste gewerkschaftliche Initiative für einen künftigen Friedensschluss ging nicht von den deutschen, sondern von den französischen, englischen, belgischen und italienischen Gewerkschaften aus. Sie kamen vom 5. bis 7. Juli 1916 im englischen Leeds zusammen, um über gemeinsame Forderungen an einen Friedensvertrag zu beraten. In einem Rundschreiben an die gewerkschaftlichen Landeszentralen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der noch immer in Berlin seinen Sitz hatte und dessen Vorsitzender Carl Legien war, übermittelten sie ihre Forderungen. Sie verlangten, dass ein Friedensvertrag, «der den jetzigen Krieg beenden und den Völkern die Freiheit und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit geben wird, gleichzeitig der Arbeiterklasse aller Länder ein Mindestmaß von Garantien sichern soll ... bezüglich des Koalitionsrechtes, der Freizügigkeit, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Arbeiterschutz, um diese zugleich vor Angriffen der internationalen kapitalistischen Konkurrenz zu schützen»⁹. Zur Vereinheitlichung der Arbeitsgesetze und Regeln sollte ein internationales Arbeitsamt geschaffen werden. Die Freizügigkeit sollte garantiert, jedoch ein paritätisch besetztes Aus- und Einwanderungsamt geschaffen werden. Dieses Amt sollte den Grundsatz des glei-

chen Lohns und der gleichen Arbeitsbedingungen für die Einwanderer kontrollieren und zugleich den Umfang der Anwerbung festlegen. Mit diesen Forderungen wollten die Gewerkschaften das «Leben der Arbeiterinternationale» wiederaufnehmen – sie als Akteure im Kriege wieder sichtbar machen –, und darum sollte der Sitz von Berlin in ein neutrales Land verlegt werden.

Carl Legien nahm dann fünf Monate später zu den Forderungen von Leeds Stellung. Er stimmte vielen Forderungen im Grundsatz zu, bewertete Einzelheiten kritisch und lehnte eine Verlegung des IGB-Sitzes ab. Im Oktober und November 1916 waren Versuche der deutschen und skandinavischen Verbände vorangegangen, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern zusammenzukommen. Vom 1. bis 4. Oktober 1917 kamen dann Gewerkschaftsvertreter aus Skandinavien, Bulgarien, Holland, Österreich, Ungarn, Deutschland und der Schweiz in Bern zusammen. Die Gewerkschaften aus Großbritannien, Belgien und den USA hatten die Teilnahme abgelehnt. Den französischen und italienischen Vertretern war von ihren Regierungen die Ausreise verweigert worden. Die Konferenz verabschiedete einen Forderungskatalog, in dessen Mittelpunkt die Freizügigkeit, das Koalitionsrecht, die Sozialversicherung, die Arbeitszeit von zehn Stunden für alle und in der Industrie von acht Stunden sowie der Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz standen. Die Teilnehmenden verpflichteten sich, in ihren Ländern auf die Regierungen einzuwirken.

Erst nach dem Waffenstillstand 1918 und in Vorbereitung der Friedenskonferenz von Versailles verabschiedeten die Gewerkschaften aller kriegführenden Parteien auf einem Treffen vom 5. bis 9. Februar 1919 in Bern ein Programm für die internationale Arbeitergesetzgebung. Als Teil der deutschen Delegation versuchte Carl Legien vergeblich, diese Forderungen im Friedensvertrag zu verankern. Er fand zwar die Unterstützung des deutschen Delegationsleiters, Außenminister von Brockdorff Rantzau. Aber seine Delegation hatte nichts zu verhandeln, sondern nur den Vertrag von Versailles zu unterschreiben, so wie er ihr vorgelegt wurde.

Tief enttäuscht reagierten die deutschen Gewerkschaften auf den Versailler Vertrag. Von einer internationalen Arbeitsgesetzgebung war nur die Einrichtung des Internationalen Arbeitsamtes geblieben. Aber vor allem die harten Friedensbedingungen stießen auf massiven Protest. In der Vorständekonferenz am 14. und 15. Mai 1919 erklärte Legien: «Wer noch während der Kriegszeit jemals daran gezweifelt hat, ob Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet, der wird nach Kenntnisnahme dieser Friedensbedingungen diesen Zweifel fallen lassen.» In einem Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder protestierten die deutschen Gewerkschaften nun gegen die «brutale Erdrosselung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekannt gegebenen Friedensbedingungen herbeizuführen entschlossen ist. Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, dass die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gut gemacht werden müssen und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schlimmster Art dar.»¹⁰

Dennoch blieb der Mehrheit der Nationalversammlung nichts anderes übrig, als diesen Vertrag zu ratifizieren. Die Gewerkschaften engagierten sich in der Folgezeit dafür,

die Reparationen zu mildern und auf vielen internationalen Konferenzen für ein friedliches und soziales Europa zu werben – vorerst vergeblich.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen ist promovierter Historiker. Er leitet seit November 2008 die Abteilung «Politik und Planung» beim Ver.di-Bundesvorstand. Von 2001 bis 2008 war er Vorsitzender der DGB-Region Köln. Den vorliegenden Text entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors dem Online-Portal des DGB: www.gegenblende.de/27-2014/++co++92186854-d5d8-11e3-bdab-52540066f352/++co++1d141228-79c8-11e2-bdc4-52540066f352.

Anmerkungen

1. Jörn Leonhards *Die Büchse der Pandora* (Frankfurt a. M. 2014) nimmt diese Eskalation der Gewalt zum Ausgangspunkt seiner Darstellung des Ersten Weltkriegs.
2. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich: *Deutschland im ersten Weltkrieg*. Frankfurt a. M. 2013.
3. David Stevenson: *Der Erste Weltkrieg*. Mannheim 1910, S. 56.
4. Protokoll der Vorständekonferenz vom 2. August 1914. In: *Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*. Bearbeitet von Klaus Schönhoven. Köln 1985.
5. Ebd., S. 17.
6. Werner Milert, Rudolf Tschirbs: *Die andere Demokratie*. Essen 2012.
7. Statistisches Reichsamt nach Michael Schneider: *Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland*. Bonn 2012. S. 138.
8. Beschluss der Vorständekonferenz vom 1. Februar 1918.
9. Rundschreiben der CGT an die gewerkschaftlichen Landeszentralen, 27. 9. 1916.
10. Protokoll der Vorständekonferenz Mai 1919.